

Ein Anschlag auf uns alle!

von Dr. Reinhard Brandl, MdB

◆ Die Nacht vom 13. auf den 14. November 2015 wird als eine der schrecklichsten Nächte in die jüngere Geschichte Europas eingehen.



Dr. Reinhard Brandl

Fassungslos, voll von Trauer und Wut, haben wir in Deutschland, gemeinsam mit zahllosen Menschen auf der ganzen Welt, die Nachrichten verfolgt. Unsere Gedanken waren und sind bei den Opfern sowie deren Angehörigen. Der Ort des Anschlags war erneut Paris. Das Ziel waren wir alle. Es war ein Angriff auf unsere westliche Gesellschaft, unsere Freiheit, unsere Werte, unsere Art zu leben. Der Anschlag steht für eine neue Stufe einer gewollten Eskalation, die – wenn sie nicht gestoppt wird – sich weiter fortsetzen wird.

Das Ziel des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS) ist nicht nur die Errichtung eines eigenen Staatsgebietes („Kalifat“) auf dem Gebiet des Iraks und Syriens, sondern ein zeitlich und räumlich unbegrenzter Krieg gegen alle Nicht- bzw. Andersgläubigen. Er richtet sich dabei auch gezielt gegen Muslime, die einer anderen, friedlichen Auslegung des Islams folgen. In seinen Propagandamagazi-



In Gedenken an die Opfer der Anschläge und als Zeichen der Solidarität erstrahlt das Brandenburger Tor in den Farben der französischen Fahne.

nen spricht er dabei von der „Auslöschung der Grauzone“. Die Muslime in der Welt sollen gezwungen werden, sich für oder gegen den IS zu entscheiden. Für die Befürworter erklärt der IS es zur „Glaubenspflicht“ die Gegner zu bekämpfen, egal ob es sich um anders denkende Muslime oder um Nichtmuslime handelt. Am Anfang standen noch der Irak, Syrien und andere muslimisch geprägte Länder im Nahen Osten sowie in Nordafrika im Zentrum dieses Kampfes. Mit den bei-

den Anschlägen von Paris ist der IS-Terror nun auch im Westen angekommen und seiner Logik und Propaganda folgend wird er nun versuchen, sich hier weiter auszubreiten.

Um dem IS dafür den Nährboden zu entziehen, müssen wir zuallererst verhindern, dass sich junge Menschen in unserer Mitte unbemerkt radikalieren. Die Anschläge in Paris wurden nach derzeitigem Stand der Ermittlungen nicht von Syrern oder Irakern, sondern von französischen und belgischen Staats-

angehörigen durchgeführt. Das zeigt die Gefahr. Wir dürfen in der Konsequenz daraus aber nicht den Fehler begehen, alle Muslime in unserem Land unter Generalverdacht zu stellen oder auszugrenzen. Genau diese Spaltung will der IS erreichen. Dem können wir nur entgegenwirken, wenn wir Seite an Seite mit den Muslimen und ihren Verbänden Gegenstrategien und Präventionsprogramme entwickeln und durchführen. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich in unserem Land Parallelgesell-

schaften entwickeln. Das ist gerade angesichts der großen Flüchtlingszahlen eine der größten Herausforderung unserer Zeit.

Die Prävention wird nicht in jedem Fall erfolgreich sein. Unsere Sicherheitsbehörden wissen bereits von über 760 Fällen von Menschen aus Deutschland, die in den Irak oder nach Syrien gereist sind, um dort den IS zu unterstützen. Um diese und andere europäische Gruppen im Blick zu behalten, brauchen wir eine intensive internationale Zusam-

menarbeit der Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste. Wir müssen aber auch in Deutschland unsere Polizei- und Verfassungsschutzbehörden weiter stärken. Bayern hat in den letzten Jahren die Zahl der Polizisten deutlich erhöht. Im Bund wächst die Bundespolizei in den kommenden drei Jahren mindestens um 3.500 Polizisten. Diese Aufstockung war ein zentrales Anliegen der CSU.

Solange der IS aber von Irak und Syrien aus weiter sein „Kalifat“ vorantreiben kann, wird die terroristische Bedrohung in Europa und Deutschland bestehen bleiben. Die Weltgemeinschaft muss alles daran setzen, die Lage im Irak und in Syrien zu stabilisieren und die Kräfte in der Region dabei zu unterstützen, den IS erfolgreich zu bekämpfen. Die Bundeswehr leistet dazu mit der Unterstützung der Peshmerga bereits seit dem vergangenen Jahr einen nicht zu unterschätzenden Beitrag. Damit konnten wir ein weiteres Ausbreiten des IS im Nordirak verhindern. Das alleine reicht nicht. Nur wenn die Weltgemeinschaft, inklusive den USA und Russland, eine gemeinsame Antwort findet, gibt es dafür überhaupt eine Chance. Die Gespräche in Wien in den vergangenen Wochen sind ein kleiner Funke Hoffnung. Mehr aber leider auch nicht.